Bern und seine Verbündeten setzen sich durch

Die finanzkräftigen Kantone müssen klar mehr in den Finanzausgleichstopf zahlen, als sie hofften. Zugs Finanzdirektor Peter Hegglin fürchtet Böses für die Zukunft.

Fabian Renz

Das monatelange Ringen ist gestern zu Ende gegangen – mit einer Niederlage für die Zürcher, Schwyzer, Nidwaldner, Zuger, Baselbieter, Schaffhauser und Genfer. Die Regierungen dieser Kantone hatten gehofft, ihre finanzschwachen Nachbarn künftig weniger unterstützen zu müssen als bisher: Da der Nationale Finanzausgleich (NFA) gut funktioniere, beantragten sie für die Jahre 2016 bis 2019 eine Reduktion ihrer Beiträge gegenüber der letzten Vierjahresperiode.

Allerdings versetzte schon der Bundesrat diesem Begehren einen Dämpfer: Er wollte die Geberkantone zwar ebenfalls entlasten, aber weniger stark als von diesen gewünscht. Für die Landesregierung war es rechnerisch immerhin angezeigt, die jährlichen Einlagen in das wichtigste NFA-Gefäss, den sogenannten Ressourcenausgleich, um 330 Millionen Franken zu reduzieren – davon sollten 134 Millionen auf die Geberkantone entfallen.

Doch das Parlament will nun auch von dieser Kompromisslösung nichts wissen. Im Ständerat, wo die Nehmerkantone eine erdrückende Übermacht stellen, schien zunächst keinerlei Wille vorhanden, den Gebern auch nur einen Rappen zu schenken. Schliesslich schwenkte die kleine Kammer auf einen «Kompromiss des Kompromisses» (so Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf) ein, den die Konferenz der Kantonsregierungen (KDK) ausgetüftelt hatte: Die vom Bundesrat vorgesehenen Entlastungen sollen demnach kurzum halbiert werden. Pikanterweise unterstützten zwei Geberkantone – Basel-Stadt und Waadt – diese Lösung, sodass sie innerhalb der KDK das benötigte Quorum fand.

«Wir brauchen die Starken»

Gestern hat sich nun schliesslich auch der ursprünglich geberfreundliche Nationalrat mit 107 zu 78 Stimmen für diese abgespeckte Variante ausgesprochen. «Der Ausgleich ist noch nicht so weit gediehen, wie wir das gerne hätten», so begründete Barbara Gysi (SP, SG) ihre Unterstützung der «Schwachen». Eveline Widmer-Schlumpf bewarb vergeblich ihren eigenen Vorschlag als «echten, guten, schweizerischen Kompromiss». Vergeblich auch ihre Appelle ans Freundeidgenössische: «Wir brauchen die Starken, und wir wollen sie nicht zu stark belasten.» Widmer-Schlumpf hatte unter anderem Roland Fischer (GLP, LU) gegen sich, der als Fachmann einst an der NFA-Architektur mitgearbeitet hatte. Fischer betonte, es gebe nicht einfach einen «richtigen oder falschen Kompromiss». Er zielte damit auf das Argument der Geberkantone, wonach die beantragte Reduktion technisch-mathematisch zwingend aus der positiven Entwicklung der finanzschwachen Kantone hervorgehe. Richtig sei, dass man den NFA bewusst «politisch steuerbar» gestaltet habe.

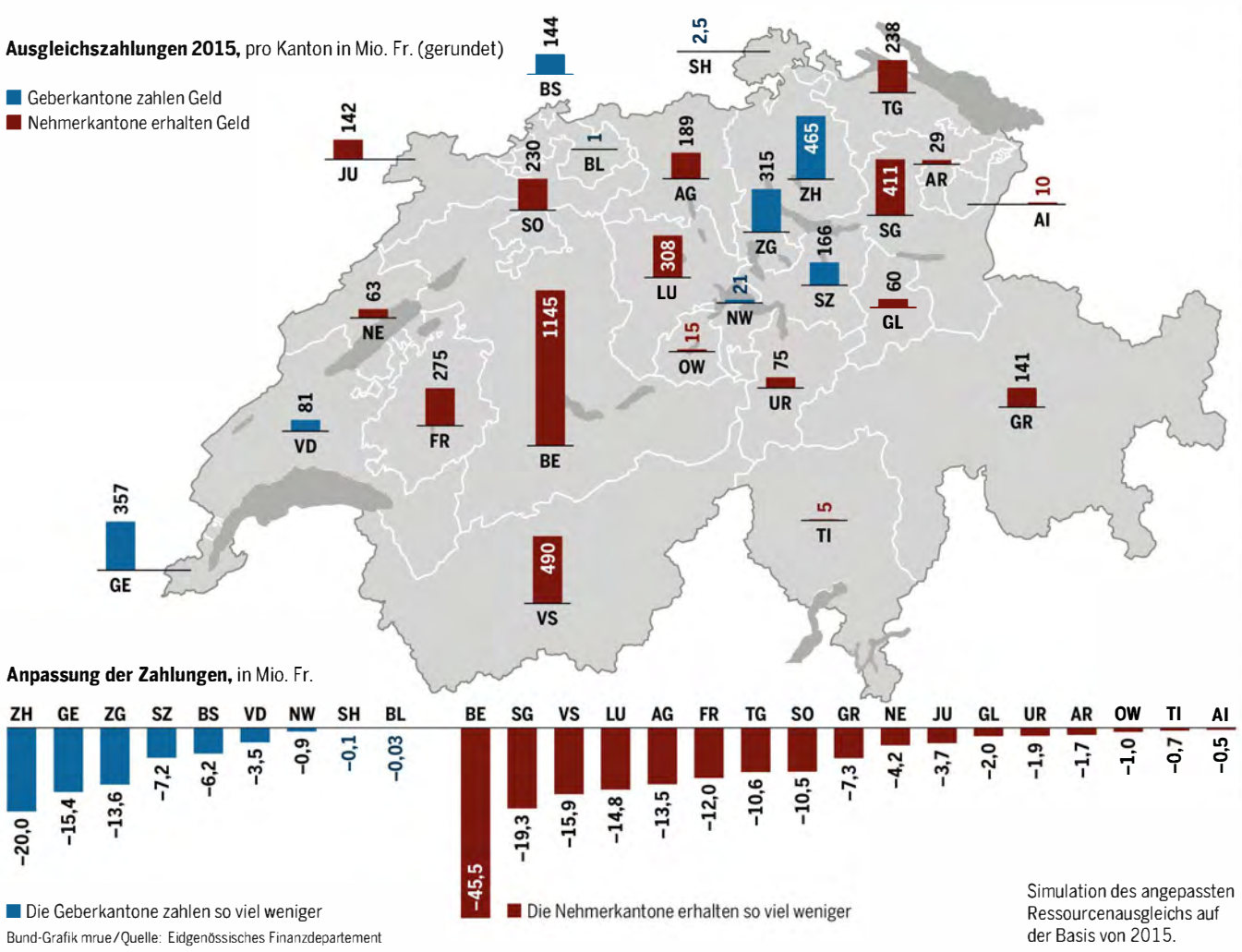
Die GLP war im Übrigen die einzige Partei, die geschlossen für den «Kompromiss des Kompromisses» stimmte. In allen übrigen Fraktionen verliefen die Frontlinien wild durcheinander. Einen markanten Wechsel gab es insbesondere bei den Freisinnigen. Vor zwei Wochen noch folgte die FDP mit 19 zu 8 Stimmen der geberfreundlichen Linie. Gestern unterstützte sie mit 17 zu 11 Stimmen das Lager der Nehmer. Sie trug damit wesentlich zu deren Erfolg bei.

«Ein ungutes Gefühl»

Bei den Verlierern in den Kantonen ist man «enttäuscht», wie es Peter Hegglin (CVP) formuliert, der Zuger Finanzdirektor und Präsident der entsprechenden Regierungskonferenz. «Der sogenannte Kompromiss der KdK ist unfair.» Ob sich allenfalls ein Referendum lohne, werde man in den nächsten Tagen prüfen, so Hegglin. «Ich vermute aber, man hat diesen Kompromiss bewusst so gestaltet, dass sich die Geber mit einem Referendum schwertun.» Auch wenn es nicht zur Volksabstimmung kommen sollte: Die Zusammenarbeit unter den Kantonen werde künftig schwieriger, glaubt Hegglin. «Wenn man so überstimmt wird, gibt das ein ungutes Gefühl für die Zukunft. Man hat uns jetzt klargemacht, dass wir als Geber auf den Goodwill der Nehmer angewiesen sind.»

> «Man hat uns jetzt klargemacht, dass wir als Geber auf den Goodwill der Nehmer angewiesen sind.»
> Peter Hegglin, Zuger Finanzdirektor

Wie sich die Zahlungen des Finanzausgleichs ändern



Bund-Grafik mrue / Quelle: Eidgenössisches Finanzdepartement

Simulation des angepassten Ressourcenausgleichs auf der Basis von 2015.

So stimmten die Berner

Weniger Entlastung der Geberkantone (gem. Konferenz der Kantonsregierungen)
SVP: Andreas Aebi, Jean-Pierre Graber, Albert Rösti, Erich von Siebenthal
SP: Corrado Pardini, Margret Kiener Nellen,
FDP: Christa Markwalder
Grüne: Christine Häsler, Aline Trede
GLP: Kathrin Bertschy, Jürg Grossen
BDP: Urs Gasche, Lorenz Hess, Heinz Siegenthaler
EVP: Marianne Streiff

Mehr Entlastung der Geberkantone (gemäss Bundesrat)
SVP: Adrian Amstutz, Rudolf Joder, Nadja Pieren
SP: Matthias Aebischer, Evi Allemann, Nadine Masshardt, Alexander Tschäppät
FDP: Christian Wasserfallen
Grüne: Regula Rytz

Abwesend: Andrea Geissbühler (SVP), Hans Grunder (BDP)

Kanton Bern

«Es ist immer noch ein finanzpolitischer Rückschlag»

Finanzdirektorin Beatrice Simon (BDP) rechnet mit Einbussen von 45 Millionen Franken. Sie glaubt aber, dass es deswegen kein weiteres Sparpaket braucht.

Interview: Adrian Schmid

Frau Simon, sind Sie zufrieden mit dem Kompromiss?
Man hat zuletzt gemerkt, dass alle an einem Kompromiss interessiert waren. Das Resultat ist für mich typisch schweizerisch, beim Föderalismus braucht es ein Miteinander. Ich nehme den Entscheid des Nationalrats positiv zur Kenntnis. Denn hätte der Vorschlag des Bundesrates eine Mehrheit gefunden, wäre das für den Kanton die finanziell schlechtere Lösung gewesen.

Ist der Kompromiss auch Ihr Erfolg? Sie haben sich ja als erste Vertreterin eines Nehmerkantons für einen Kompromiss ausgesprochen.
Das Ziel mit nicht nur positiver Bedeutung ein. Mir wurde etwas gesagt, der Kanton Bern könne sich gar nicht dazu äussern wollen. Was wäre aber die Alternative gewesen? Wenn wir auf dem Status quo beharrt hätten, wären die nächsten Verhandlungen noch schwieriger geworden. Deshalb bin froh, habe ich frühzeitig diesen Signal ausgesandt.

Ist es die vorliegende Lösung gut für den Kanton Bern?
Wir haben immer gesagt, dass es der falsche Moment für eine Veränderung ist. Wir mussten aber feststellen, dass die Politik eine neue Lösung will. Die nun vorliegende Variante ist für den Kanton Bern tragbar. Denn ich ist jedoch nicht dass Ausserte wollen. Was wäre aber die Alternative gewesen? Wenn wir auf dem Status quo beharrt hätten, wären die nächsten Verhandlungen noch schwieriger geworden. Deshalb bin froh, habe ich frühzeitig diesen Signal ausgesandt.

Beatrice Simon
Finanzdirektorin des Kantons Bern (BDP)

Auf wie viel Geld muss der Kanton Bern ab 2016 konkret verzichten?
Der Betrag wird sich im Bereich von 45 Millionen Franken bewegen.

Beim Vorschlag des Bundesrats hätte der Kanton Bern auf 90 Millionen Franken verzichten müssen. Im März sagten Sie noch, das wäre ein «harter Rückschlag». Was sagen Sie jetzt?
Es ist immer noch ein finanzpolitischer Rückschlag. Ich gehe aber nicht davon aus, dass wir deswegen ein Entlastungspaket schnüren müssen.

Gibt es nun sogar mehr Luft, um allfällige Steuersenkungen in Angriff zu nehmen?
Derzeit erarbeiten wir das Budget 2016 sowie den Aufgaben- und Finanzplan für die Jahre 2017 bis 2019. Deshalb ist es noch zu früh, konkrete Ideen zu diesem Thema zu geben. Die Steuervorlage werden wir im Herbst präsentieren. Mir wurde etwas gesagt, der Kanton Bern könne sich gar nicht dazu äussern wollen. Was wäre aber die Alternative gewesen? Wenn wir auf dem Status quo beharrt hätten, wären die nächsten Verhandlungen noch schwieriger geworden. Deshalb bin froh, habe ich frühzeitig diesen Signal ausgesandt.

Ist es die vorliegende Lösung gut für den Kanton Bern?
Wir haben immer gesagt, dass es der falsche Moment für eine Veränderung ist. Wir mussten aber feststellen, dass die Politik eine neue Lösung will. Die nun vorliegende Variante ist für den Kanton Bern tragbar. Denn ich ist jedoch nicht dass Ausserte wollen. Was wäre aber die Alternative gewesen? Wenn wir auf dem Status quo beharrt hätten, wären die nächsten Verhandlungen noch schwieriger geworden. Deshalb bin froh, habe ich frühzeitig diesen Signal ausgesandt.

Auf wie viel Geld muss der Kanton Bern ab 2016 konkret verzichten?
Der Betrag wird sich im Bereich von 45 Millionen Franken bewegen.

Beim Vorschlag des Bundesrats hätte der Kanton Bern auf 90 Millionen Franken verzichten müssen. Im März sagten Sie noch, das wäre ein «harter Rückschlag». Was sagen Sie jetzt?
Es ist immer noch ein finanzpolitischer Rückschlag. Ich gehe aber nicht davon aus, dass wir deswegen ein Entlastungspaket schnüren müssen.

Gibt es nun sogar mehr Luft, um allfällige Steuersenkungen in Angriff zu nehmen?
Derzeit erarbeiten wir das Budget 2016 sowie den Aufgaben- und Finanzplan für die Jahre 2017 bis 2019. Deshalb ist es noch zu früh, konkrete Ideen zu diesem Thema zu geben. Die Steuervorlage werden wir im Herbst präsentieren.

Das Ganze bleibt also weiterhin eine rollende Planung.
Es gibt immer wieder unerwartete Entwicklungen, welche grosse finanzpolitische Auswirkungen für den Kanton Bern zur Folge haben. Wir können heute zum Beispiel nicht, ob die Gewinnausschüttung der Nationalbank im nächsten Jahr möglich sein wird. Dies würde Mindereinnahmen von circa 80 Millionen Franken bedeuten. Zudem hat auch die Aufhebung des Euro-Mindestkurses Auswirkungen auf unsere Wirtschaft, und wir werden unsere Steuerertragsprognosen nach unten korrigieren müssen.

Die finanzpolitischen Herausforderungen bleiben also bestehen?
Dank der Aufgaben- und Strukturüberprüfung (AUP) konnten wir den bernischen Finanzhaushalt stabilisieren. Die Herausforderungen bleiben aber gross, da wir viele unbekannte Faktoren haben, welche rasch zu einer Verschlechterung des Haushalts führen können.

Nationalpark und Münstertal verlieren Unesco-Label

Der Schweizerische Nationalpark und das angrenzende Münstertal verlieren das Label «Unesco-Biosphärenreservat». Der Grund ist das Scheitern einer von der Unesco geforderten Vergrösserung der Reservatsfläche am Sonntag an der Urne. Ein Entscheid des Komitees der UNO-Kulturorganisation in Paris steht zwar noch aus. Dennoch gelte Gesetz Fall, Präsident des Biosphärenreservats Val Müstair Parc National, dieses aus, das Label zu verlieren. «Wir erfüllen die 2010 von der Unesco gemachten Auflagen nicht.» Der Label-Verlust trifft das Münstertal wesentlich härter als den Nationalpark. Während der Park kaum mit dem Label wirbt, bedeutete es für das Münstertal ein Alleinstellungsmerkmal unter den Schweizer Ferienregionen. Nur das Entlebuch wurde Sonntag ebenfalls von der Unesco als Biosphäre angenommen. Der Nationalpark war 1979 zum ersten Unesco-Biosphärenreservat der Schweiz erklärt worden. Mitte der Wer jahre verschärfte die Organisation ihre Anforderungen. Neu verlangt sie, dass der Nationalpark als Reservatskernzone vollständig umgeben werden muss von einer Pflegezone mit niedrigen Schutzkriterien. Für die Umsetzung bekam der Park knapp 20 Jahre Zeit. Die Pläne scheiterten nun an den Abstimmungsnormen von 5 Grund und Zermatt. Während Grund klar zustimmte, lehnten es die beiden Gemeinden ab, Teil der Pflegezone zu werden. (sda)

Kurz

IT-Projekt

Insieme-Prozess findet Anfang September statt

Der Prozess rund um das gescheiterte IT-Projekt Insieme der Eidgenössischen Steuerverwaltung beginnt am 1. September vor dem Bundesverwaltungsgericht in Bellinzona. Die Bundessteuerverwaltung wird einen ehemaligen Kaderbeamten wegen versuchter Anstiftung, Urkundenfälschung, passiver Bestechung und Vorteilsannahme von Mitangeklagt sind zwei mit ihm befreundete Geschäftsleute, die ihn mit Einladungen und Geschenken bestochen haben sollen. (fmr)

Bundeshaushalt

Parlament verschont die Landwirtschaft vom Sparen

Nach dem Willen des Ständerats soll der Bund 2016 rund 420 Millionen Franken sparen. Das ist mehr, als der Nationalrat möchte. Einig sind sich die Kammern nun aber, dass die Landwirtschaft vom Sparen ausgenommen wird. Der Ständerat folgte mit 22 zu 20 Stimmen und einer Enthaltung dem Antrag einer Minderheit und strich die 57 Millionen, die der Bundesrat bei der Landwirtschaft sparen wollte, aus dem Konsolidierungs- und Aufgabenprüfungspaket (KAP). Das Geschäft geht wieder in den Nationalrat. Der Nationalrat möchte knapp 500 Millionen sparen, der Bundesrat dagegen rund 700 Millionen einsparen. (sda)

Energie

Tiefengeothermieprojekt im Jura erhält grünes Licht

Das Tiefengeothermieprojekt in der jurassischen Gemeinde Haute-Sorne hat eine weitere Hürde genommen. Die jurassische Regierung erteilte die nötigen Bewilligungen. Ab 2020 soll an 6000 Haushalte Strom geliefert werden. Geplant ist ein Kraftwerk mit einer Leistung von maximal fünf Megawatt. (sda)

Mineralölsteuer

Nationalrat will Ausnahmen für Pistenfahrzeuge prüfen

Um den Tourismus zu fördern, sollen Pistenfahrzeuge teilweise von der Mineralölsteuer befreit werden. Anders als der Bundesrat will der Nationalrat aber keine Anreize für schadstoffarme Fahrzeuge schaffen. Die vorberatende Kommission war der Ansicht, dass letzter weiterer Ausnahmen von der Mineralölbesteuerung geschaffen werden sollen. Der Nationalrat folgte aber dieser Empfehlung nicht und entschied mit 101 zu 47 Stimmen bei 4 Enthaltungen, auf das Geschäft einzutreten. Dieses geht nun zurück an die Kommission zur Detailberatung. (sda)